der Volksbewegung kommt die Neugruppierung der Klassenkräfte und die neue große Linksentwicklung in Deutschland zum Ausdruck.

Zugleich erfährt diese Linksentwicklung eine große Verstärkung. Alle Faktoren, die dazu beitragen, müssen in Rechnung gestellt werden. Die Folgen der Wirtschaftskrise, das Wohnungselend, die Not der Erwerbslosen, die Verzweiflung weiter Kreise des bäuerlichen und städtischen Mittelstandes — wie sie in der Winzerbewegung des Moselgebietes zum Ausdruck kommt —, sie geben die Möglichkeit, die Klassenfront des Proletariats und das Bündnis mit den übrigen Werktätigen zu stärken.

Dazu kommen die Zersetzungserscheinungen im Lager der Bourgeoisie. Die Jürgens-Affäre und der Fememordskandal neben anderen Korruptionserscheinungen sind ja nur das Gegenstück zu dem Skandal der Milliardenabfindung für die Fürsten.

Die Beratungen über den Luther-Etat im Reichstag und die Staatsstreichdrohungen der bürgerlichen Parteien beweisen, daß von dieser Seite nur schärfster Kampf gegen die arbeitenden Massen zu erwarten ist. Darum muß die Bewegung gegen die Fürstenabfindung zu einer Volksbewegung gegen die Luther-Regierung und ihre Pläne, gegen die Reichstagsmehrheit und für Reichstagsauflösung werden. So kann die Sabotage gegen Volksbegehren und Volksentscheid gebrochen werden, so wird die Bewegung für Fürstenenteignung zu einer Bewegung für die Interessen aller Werktätigen.

Die Einheitskomitees in den Betrieben und in den Ortschaften sind die organisatorischen Sammel- und Konzentrationspunkte, sie geben zugleich vielen, die bisher beiseite standen, die Möglichkeit, sich aktiv für die Bewegung zu betätigen, und die Komitees treiben die Bewegung noch tiefer in die Massen hinein und in noch weitere Kreise.

Wir stehen erst am Anfang. Am Tage nach Schluß des Volksbegehrens — am 18. März — wird die vorläufige Bilanz gezogen werden, an demselben Tage, wo vor 78 Jahren in Berlin Arbeiter und Kleinbürger den König niederzwangen, allerdings, um sich am Tage nach dem Siege die Früchte des Kampfes entreißen zu lassen. Und 55 Jahre sind vergangen seit der Errichtung der Pariser Kommune, diesem Vorbild der großen proletarischen Revolution, wie sie zuerst in der Sowjetrepublik gesiegt hat.

Wir werden für die Fürstenenteignung, um das Werk der 48er Revolution und das der Pariser Kommune fortzuführen bis zur Vollendung. Wir werden beharrlich ringen und kämpfen. Und der Sieg wird unser sein.

Deutschnationale Todesangst vor dem Volksbegehren

Die deutschnationale Reichstagsfraktion veröffentlicht zum Volksbegehren folgende Erklärung:

„Diesesmal heißt die Parole: zu Hause bleiben. Lasse sich niemand durch Mahnungen sozialdemokratischer Behörden und Parteiagitatoren beirren. Die Eintragung in die von Donnerstag ab ausliegenden Listen für den Volksentscheid ist nicht, wie die Teilnahme an den Wahlen, staatsbürgerlich und nationale Pflicht. Wer sich in diese Listen einträgt, schließt sich dem aus blindem Fürstenhaß und bolschewistischer Feindschaft gegen das Eigentum geborenen Antrag der Kommunisten und Sozialdemokraten an. Es ist selbstverständlich, daß jeder anständige und rechtliche Deutsche, der an Treue und Dankbarkeit festhält und der das Eigentum gegen Rechtsbruch und Sozialisierung schützen will, diesen Listen fernbleibt. Wir erwarten von unseren Parteifreunden, daß sie selbst hiernach handeln und daß sie für weiteste Aufklärung sorgen: Keine Unterschrift dem bolschewistischen Volksbegehren!"

Erst für die Fürsten, dann für die Pfaffen!

Seit Jahren entschieden die Gerichte, daß der Staat den Fürsten gewaltige Summen auszahlen müsse. Das höchste Ziel der Juristen war, den Davongelaufenen von 1918 ungeheure Vermögen zuzuschanzen, den Staat, der sie bezahlt, zu schädigen. Diesem Spuk werden die Massen jetzt durch den Volksentscheid ein Ende bereiten. Jetzt aber meldet sich die ebenso unersättliche Kirche und verlangt ebenfalls Zahlungen und Abfindungen in hohem Maße. Selbstverständlich finden sich schnell wieder Richter, die der Kirche beispringen. So hat jetzt das Reichsgericht entschieden, daß der Freistaat Sachsen an die Landeskirche ständig einen Zuschuß zahlen muß, damit die Kirche die Geistlichen bezahlen kann. So geschehen im achten Jahre der deutschen Republik —!

Verschleppung der sozialdemokratischen Anträge auch im Rechtsausschuß

Nachdem schon in der vorigen Woche die Haushaltausschüsse A. und B. eine Verschleppung der sozialdemokratischen Anträge, und zwar mit Zustimmung der Linken, herbeigeführt hatten, standen gestern im Rechtsausschuß die Anträge über die [illegible] Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer und den Wohnungsbau auf der Tagesordnung. Der Sozialdemokrat Arzt begründete den Antrag und forderte die Zustimmung des Ausschusses. Der Mitberichterstatter Rößig, Deutschnationaler, setzte mit der Sabotage ein. Er erklärte, daß es keinen Zweck habe, jetzt die Anträge anzunehmen, sondern die Anträge müßten mit der Beratung der neuvorgesehenen Gesetze über die Grund- und Gewerbesteuer behandelt werden. Nach Rößig sprach der Finanzminister Dr. Dehne. Er erklärte, die Regierung habe noch mehr Mittel aufzubringen. Der Vorschlag, den die SPD. gemacht habe, sei nicht gangbar. Die geforderten Summen seien nicht einzutreiben. Schon die Einnahmen aus der Grund- und Gewerbesteuer aus dem Jahre 1925 seien als Vorauszahlungen eingezogen, man müsse diese verrechnen, jedoch gehe es auf keinen Fall, jetzt noch Erhöhungen vorzunehmen.

Die Feststellung der geforderten Freigrenze sei nicht möglich, da die Unterlagen für die Einkommensteuer fehlen. Auch der Minister verlangt die Behandlung mit den neuen Gesetzen gemeinsam.

Schon diese Ausführungen des Ministers zeigen ganz klar, daß die Koalitionsregierung gar nicht daran denkt, die sozialdemokratische Forderung zu erfüllen. Diese Haltung zeigt aber auch, daß die Forderung der sächsischen Arbeiter auf Auflösung des Landtages sabotiert werden soll. Ohne eine Zustimmung der sozialdemokratischen Rechten würde die Regierung eine solche ablehnende Haltung nicht annehmen. Was jetzt noch geschieht, ist nur Manöver zur Verschleierung. Der Deutschnationale Beutler wandte sich ebenfalls gegen die Anträge. Er verlangte Vertagung bis zur Erledigung der Anträge im Haushaltausschuß. Sachs, Ebel und Arzt sprachen dann noch einmal für die Annahme, wobei Sachs der Regierung die Möglichkeit des Ausweichens gab, indem er erklärte, die Regierung solle Vorschläge zur besseren Durchführung unterbreiten. Damit sollte wieder eine Vertagung erreicht werden. Genosse Renner erklärt, wenn mit den Anträgen der Wille der sozialdemokratischen Arbeiter erfüllt, eine Auflösung des Landtages herbeigeführt werden solle, wenn die SPD.-Fraktion einheitlich stimmen werde, werden die Kommunisten sich eventl. entschließen, für die Anträge zu stimmen. Als günstig könne die KPD.-Fraktion die Anträge nicht ansehen. Es bestehe bei Annahme die Gefahr der Belastung der Mieter und der Minderbemittelten. Die KPD. habe andere Vorschläge angegeben. So fordere die KPD., daß man die Aufwandsentschädigung für den Ministerpräsidenten, für die Vertretung in Berlin, und in München die Ausgaben für Anstaltsgeistliche, für Gerichtsneubauten, für die Leipziger Messe, für die Jahresschau, die Landespferdezucht, die Kirchen, für Studentenausflüge und für Justiz streichen oder wesentlich herabsetze. Damit seien die Mittel aufzubringen, ohne Gefahr einer Belastung, dann aber werde sofort der Kampf gegen die Koalitionspolitik konkreter aufgestellt."

Die Ausführungen des Genossen Renner scheuchten die Rechten auf. Bethke begann auf Kühn und dieser auf Bellisch einzuwirken, um eine nochmalige Vertagung zu erhalten. Bellisch setzte sich zu diesem Zweck mit Sachs in Verbindung.

Nachdem dann noch Berg gesprochen, beantragt der Vorsitzende Beutler die Vertagung. Gegen dieselbe wandten sich der Genosse Renner und der Sozialdemokrat Ebel. Genosse Renner erklärte, daß die Fraktion der KPD. starke Bedenken habe, dem Antrag der Sozialdemokraten auf 30 Prozent Erhöhung zuzustimmen, da die Verwendung der Gelder noch nicht festgelegt sei. Da die Kommunisten aber Wert auf eine Entscheidung legen, ob die Sozialdemokraten die Anträge des Parteitages durchführen wollen, stimmten sie evtl. zu. Eine endgültige Stellungnahme könne immer noch erfolgen, wenn die Verwendung der Gelder nicht beschlossen werde. Arzt erklärte sich mit der Vertagung einverstanden, wenn Freitag eine Sitzung stattfinde. Dagegen wenden sich Beutler (Deutschn.) und Kühn (SPD.). Die Vertagung wurde dann mit den Stimmen der Bürgerlichen und rechten Sozialdemokraten beschlossen, die Sitzung für Freitag mit den Stimmen der Bürgerlichen und der des Sozialdemokraten Kühn abgelehnt. Interessant und bemerkenswert war dann noch eine Erklärung des Finanzministers, als der Abg. Sachs zum Schluß der Tagung forderte, daß die nächste Beratung bald stattfinden solle, da man das Geld benötige, erklärte zuerst Bethke:

„Das bekommt ihr ja doch erst nächstes Jahr!"

Der Finanzminister aber erklärte, zu Sachs gewendet, kurz und bündig:

„Wir machen das Gesetz doch nicht."

Damit ist die Lage klargestellt. Die Regierung sabotiert mit Hilfe der Rechten die Forderung der Arbeiter.

Ohne einen verstärkten Druck von außen wird die reaktionäre Regierung nicht weichen.

Je mehr Stimmen für das Volksbegehren abgegeben werden, desto besser ist die Aussicht auf den vollen Erfolg beim Volksentscheid!!

Immunität bei Parlamentsauflösung

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde am Donnerstag ohne längere Diskussion ein Gesetz angenommen, das die Immunität von Reichstags- und Landtagsabgeordneten bei Parlamentsauflösungen regelt. Aus Anlaß praktischer Einzelfälle, auf welche von kommunistischer Seite schon seit längerer Zeit hingewiesen worden war, werden die Bestimmungen der Reichsverfassung dahingehend erläutert, daß der Präsident des Reichstages, seine Stellvertreter und die ständigen und ersten stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung auch für die Zeit zwischen zwei Wahlperioden des Reichstages immun sind. Das gleiche gilt für den Präsidenten eines Landtages, seine Stellvertreter und die ständigen und ersten stellvertretenden Mitglieder von Ausschüssen eines Landtages, wenn sie nach der Landesverfassung außerhalb der Wahlperiode tätig sein können.

Neue Werkstättenschließungen bei der Reichsbahn

Trotz des Hundertmillionenkredites.

Der Ausschuß für Volkswohlfahrt des Reichstages bringt sich schon seit längerer Zeit mit der Behebung der Erwerbslosigkeit durch Notstandsarbeiten. Alle Regierungsstellen marschieren auf und erklären immer und immer wieder, daß man „gern" helfen wolle — es seien aber keine Mittel da. Auch die Reichsbahngesellschaft hat in ihrem Programm für 1926 nur laufende Arbeiten, jedoch keine besonderen Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaftskrise eingestellt. Selbst der Hundertmillionenkredit aus Reichsmitteln wird von ihr nicht zu einer Mehrbeschäftigung von Arbeitern verwendet. Im Gegenteil ist nun doch wahr werden, was gegenüber von kommunistischen Angriffen immer energisch bestritten wurde, daß sogar noch Werkstätten in Schwerin, Breslau und anderen Städten geschlossen werden sollen; wieder ist also eine Illusion, daß die Vergebung von Riesenkrediten an das Großkapital eine Verringerung der Erwerbslosenziffer bringen könnte, zerstört.

Achtung! Kameraden!

Der erste Tag der Einzeichnung für das Volksbegehren gegen die Fürstenabfindung hat gezeigt, daß unsere Kameraden nicht begriffen haben, um was es hier geht. Die Aufklärung unter der Bevölkerung, hauptsächlich unter den Mittelschichten (Beamten, Kleingewerbetreibenden, Geschäftsinhabern) muß breiter und besser durchgeführt werden. Die Verteilung der Bekanntmachungen über das Volksbegehren war nicht so, wie es hätte sein müssen.

Die Gauleitung des RFB. Ostsachsen macht es daher nochmals allen Kameraden zur Pflicht, sich mit noch größerer Anstrengung aller uns zur Verfügung stehenden Kräfte,

für den Schutz der angeschlagenen Plakate,
für Ueberwachung der öffentlichen Versammlungen,
für Organisierung eines guten Schlepperdienstes,
gegen den Terror und die Willkür der Fürstenknechte,
gegen die Sabotage der Behörden

einzusetzen.

Kein Kamerad darf fehlen, wenn er gerufen wird.

Tue jeder seine Pflicht, der Sieg wird und muß unser sein!

Die Bienen

... Diese kleinen Insekten, die so leicht die Beute vieler Vögel werden können, und deren Honig in allen Klassen des Tierreichs, vom Käfer bis zum Bären, so viel Liebhaber hat, haben ebenfalls keine der aus Mimicry oder sonst woher stammenden Schutzvorrichtungen, ohne die ein isoliert lebendes Insekt schwerlich der völligen Vernichtung entgehen könnte; und doch haben sie dank der gegenseitigen Hilfe, die sie ausüben, die weite Verbreitung, die wir kennen, und die Intelligenz, die wir bewundern. Dadurch, daß sie gemeinsam arbeiten, multiplizieren sie ihre Einzelkräfte; dadurch, daß sie eine zeitweilige Arbeitsteilung eintreten lassen, verbunden mit der Fähigkeit jeder Biene, wenn nötig jede Arbeit zu leisten, erreichen sie eine so hohe Stufe des Wohlstandes und der Sicherheit, wie sie kein isoliert lebendes Tier je zu erreichen hoffen kann, es mag noch so stark oder gut bewaffnet sein. In ihren Kombinationen sind sie oft glücklicher als der Mensch, wenn er verabsäumt, aus einer wohlgeordneten gegenseitigen Hilfeleistung Vorteil zu ziehen. Wenn z. B. ein neuer Bienenschwarm daran geht, den Stock zu verlassen, um eine neue Wohnung zu suchen, wird eine Anzahl Bienen zur vorläufigen Kundschaft der Nachbarschaft ausfliegen, und wenn sie einen passenden Wohnort finden — sagen wir, einen alten Korb oder etwas der Art —, dann nehmen sie davon Besitz, reinigen ihn und bewachen ihn, manchmal eine ganze Woche hindurch, bis der Schwarm kommt und sich darin niederläßt. Aber wie viele menschliche Auswanderer gehen in neuen Ländern zugrunde, einfach weil sie nicht die Notwendigkeit verstanden haben, ihre Kräfte zu verbinden! Dadurch, daß sie ihre individuellen Intelligenzen miteinander verbinden, gelingt es ihnen, mit widrigen Umständen, auch ganz unvorhergesehenen und ungewöhnlichen, fertig zu werden, wie z. B. die Bienen auf der Pariser Ausstellung, die mit ihrem harzigen Wachs eine Glasplatte fest machten, die man in ihren Korb getan hatte. Außerdem entfalten sie keinen der sanguinischen Triebe und keinerlei Neigung zu unnützem Streit, womit manche Schriftsteller die Tiere so bereitwillig ausstatten. Die Posten, die den Eingang bewachen, töten ohne Gnade die räuberischen Bienen, die den Versuch machen, in den Korb einzudringen; aber solche Bienen, die irrtümlich zu dem Stock kommen, werden unbelästigt gelassen, besonders wenn sie mit Pollen beladen sind oder wenn es junge Tiere sind, die sich leicht verirren können. Es wird nicht mehr Krieg geführt, als unumgänglich notwendig ist.

Die Geselligkeit der Bienen ist um so lehrreicher, als räuberische Instinkte und Trägheit immer noch daneben unter den Bienen auftreten und jedesmal sich zeigen, wo ihr Wachstum durch besondere Umstände begünstigt wird. Es ist bekannt, daß es immer eine Anzahl Bienen gibt, die dem tätigen Leben der Arbeitsbiene ein Räuberleben vorziehen; und daß sowohl Zeiten des Mangels wie der ungewöhnlich reichen Vorräte zu einer Vermehrung der Räuberklasse führen. Wenn unsere Ernten eingeführt sind und auf unseren Wiesen und Feldern nur noch wenig zu sammeln ist, dann trifft man die Räuberbienen häufiger; während andererseits in der Nähe der Zuckerplantagen Westindiens und der Zuckerfabriken Europas Räuberei, Trägheit und sehr oft Trunksucht bei den Bienen ganz gewöhnlich werden. Wir sehen also, die antisozialen Instinkte existieren immer noch bei den Bienen; aber die natürliche Auslese muß sie immer austilgen, weil sich schließlich die Praxis der Solidarität als viel vorteilhafter für die Art erweist, als die Entwicklung von Individuen, die räuberische Neigungen haben. Der Schlaueste und der Gefährlichste werden zugunsten von denen ausgerottet, die die Vorteile des geselligen Lebens und der gegenseitigen Hilfe verstehen ...

(Aus „Gegenseitige Hilfe in der Entwicklung" von Kropotkin.)

Die Biene Maja und ihre Abenteuer

Der Vorzug guter Filme ist ihr Mangel an Zwischentiteln. Gutes Beispiel hierfür sind die amerikanischen Grotesken und die Chaplin-Komödien. Schlechte Filme werden auch durch die längsten Zwischentitel nicht besser. Selbst wenn diese so „witzig" wie in „Charleys Tante" oder in den selig entschlummerten „Professor Rehbein"-Lustspielen sind. Waldemar Bonsels kennt das Gesetz nicht. Er schreibt als Zwischentext eine ganze Novelle von der „Biene Maja", so daß ein lebendes Buch entsteht, worin die bewegten Bilder an Stelle der üblichen Illustrationen treten. Ein Zeichen filmischer Ausdrucksarmut. Statt fesselnder gibt man zoologische Verdeutlichungen. Dabei mehr von der Umwelt als vom Leben der Biene. Das Beiwerk ist die Stärke des Films. Die Geburt von Ringelnattern und Libellen, das Ausschlüpfen einer Raupe und die Entfaltung eines Rose sind Eindrücke, die haften bleiben, von der Biene Maja erfährt man wenig. Man erlebt ihre Geburt, ihr Gefängnis bei einer Spinne, die Befreiung durch einen Käfer, ihre Ueberwältigung durch eine Hornisse und schließlich die Flucht aus der Hornissenburg. Als Finale ein kleiner deutscher Schwindel. Ein wenig Geschichtsfälschung. Bekanntlich vernichten die Arbeitsbienen von Zeit zu Zeit die Drohnen. Bonsels biegt diese ††† revolutionäre Tatsache um. Aus den Drohnen werden Hornissen. Die Bienen stellen gegen die Ausländer Einheitsfront her und schlagen die Feinde zurück. „Vaterlandsliebe" und „Heimattreue" tragen den Sieg davon. Die Königin nimmt die Huldigungen entgegen. Im Bienenlande herrscht Ruhe und Ordnung. Das ist „objektive" naturwissenschaftliche Darstellung.

Damit der Kitsch nicht fehle, fügt Bonsels einen Elfenreigen und ein Liebespaar ein: Verfilmte Ansichtspostkarte.

Dieser Film ist ein Zeichen der Zeit. Das Gute am Filmstreifen stammt von den Technikern, Photographen und Zeichnern. Alles Schlechte von Herrn Bonsel. Aber die Sonne seiner [illegible] Ruhmes erdrückt die eigentlichen Schöpfer. Die Arbeitsbienen bleiben immer im Schatten.

Die Stärke der Photographie liegt in den Großaufnahmen. In den Gesamteinstellungen und Passagen kommt sie nicht über die Schablone hinaus.

Eine geschickt zusammengesetzte Musik täuscht das Bewegungselement vor, welches dem Film trotz aller Unruhe mangelt.

J—s.

Und der Staatsanwalt

„Dr. Anzeiger vom 3. [illegible] 1926: „Der Welterfolg des Films „Biene Maja" hat den Neidern keine Ruhe gelassen. Ein anscheinend sozialistischer Regisseur versuchte mit Hilfe der Gewerkschaften einen Bienenfilm herzustellen, wobei er die fleißigen Tiere in höchst tendenziöser Weise mißbrauchte. Aus der noch nicht ganz geklärten Tatsache des Kampfes der Bienen gegen die Drohnen versuchte er Beweise zu ziehen für den unabänderlichen Kampf der Arbeiter gegen das Kapital. Die Zensur hat sein Erzeugnis verboten. Der Staatsanwalt erhob Anklage im öffentlichen Interesse wegen Aufreizung zum Klassenhaß. Dem Herrn wird seine eigentümliche Auffassung von Naturgeschichte teuer zu stehen kommen. Wenn Bienen Beweismittel sind, dann doch für den Gedanken der Monarchie. Oder hat der Bienenstaat die Königin auch abgeschafft?"

J—s.

Goethe über den Ursprung des Fürsten-„Eigentums"

Lehrer: Bedenk', o Kind, woher sind diese Gaben? Du kannst nichts von dir selber haben.

Kind: Ei, alles hab' ich vom Papa.

Lehrer: Und der, woher hat's der?

Kind: Vom Großpapa.

Lehrer: Nicht doch! Woher hat's denn der Großpapa bekommen?

Kind: Der hat's genommen.